



Ina Latendorf, MdB

Mitglied des Deutschen Bundestages
Agrarpolitische Sprecherin der Fraktion
DIE LINKE im Bundestag

Pressemitteilung

Der Weg zum Brot führt über Frieden und Gerechtigkeit!

Berlin, 13.10.2023

Bezug:

Anlagen:

Ina Latendorf, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Büro: Jakob-Kaiser-Haus

Raum: 1.823

Telefon: +49 30 227-73164

E-Mail : ina.latendorf@bundestag.de

Funktionen:

Agrarpolitische Sprecherin der
Fraktion DIE LINKE

Mitglied im Ausschuss für Ernährung
und Landwirtschaft

Mitglied im Petitionsausschuss

Wahlkreisbüro

Dr. Felix Baumert

Domstr. 5

18273 Güstrow

0151 7017 1157

ina.latendorf.ma03@bundestag.de

„Am 16. Oktober findet der von den Vereinten Nationen ausgerufene Welternährungstag statt. Leider müssen wir angesichts der neuesten erschreckenden Zahlen weiterhin eher vom Welthungertag sprechen. Laut Welthungerhilfe wird derzeit 735 Millionen Menschen das Recht auf eine angemessene Nahrung verwehrt“, erklärt Ina Latendorf, agrarpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag.

Latendorf weiter: „Krieg ist neben den ökologischen Mehrfachkatastrophen, dem ungerechten Zugang zu Land und anderen Ressourcen, sozialer Ungleichheit und Armut sowie der Ineffizienz der kapitalistischen Produktionsweise und dem verzerrten Welthandel die wichtigste Ursache von Hunger. Deshalb muss zuallererst Frieden geschlossen werden, wo Getreide wachsen soll.“

Die Obfrau der LINKEN im Agrarausschuss abschließend: „Das Menschenrecht auf angemessene Ernährung muss dabei auch in Deutschland beachtet und Ernährungsarmut unterbunden werden. Die LINKE fordert deshalb die Erhöhung des ernährungsbezogenen Regelsatzes bei Bürgergeld und Kindergrundsicherung, die Erhöhung der Renten und Löhne sowie eine kostenfreie und qualitative Verpflegung bundesweit in allen Schulen und Kitas. Der Welthunger kann nur erfolgreich bekämpft werden, wenn die Ernährungssouveränität aller Staaten gegen die Interessen der Konzerne und Monopole gesichert wird. Dafür sind in erster Linie die Stärkung lokaler Märkte, gerechte Handelsbeziehungen, faire Preisbildung und existenzsichernde Einkommen nötig.“